

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 174
des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos
Drucksache 6/405

Brandenburger Neustart in der Sozialpolitik

Wortlaut der Kleinen Anfrage 174 vom 14.01.2015:

In der ersten Woche des neuen Jahrs 2015 fordert die Partei, die Linke, lautstark einen Neustart in der Sozialpolitik. Die Linke postuliert, dass 10 Jahre nach dem Start der Hartz-IV-Reform ein Neustart in der Sozialpolitik notwendig sei. Das Gesetz zu Hartz IV sei kein „Job-Motor“, sondern ein Motor der sozialen Spaltung.

Hartz IV stehe für soziale Kälte und die Reform habe vor allem dazu geführt, dass der Niedriglohnsektor ausgebaut wurde. So stieg nach den Angaben der Links-Partei die Anzahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich von 20,6 % im Jahr 2000 auf 23,1 % im Jahr 2010. Es gebe rund 1,3 Mio. mehr Beschäftigte, die mit einem niedrigen Lohn abgespeist würden, so die Linke. Hartz IV habe nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen erklärte die Linke. Die Zahl der Vollzeitstellen sei nicht gestiegen. Stattdessen gebe es mehr Druck auf Arbeitslose, schlechtbezahlte Jobs anzunehmen. Die Partei, die Linke, verwies auf die Zahl der Sanktionen, die seit Einführung von Hartz IV deutlich gestiegen sei. Nach Ansicht der Partei, die Linke, schützt auch der seit Jahresbeginn geltende Mindestlohn von 8,50 € Hartz-IV-Empfänger nicht vor der Armut.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung Notwendigkeiten für einen Neustart in der Sozialpolitik, insbesondere bei einer grundlegenden Überarbeitung der Hartz-IV-Gesetze? Wenn ja, welche gesetzlichen Änderungen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Harzt-IV-Gesetze kein „Job-Motor“ sind, sondern ein Motor zur sozialen Spaltung der Gesellschaft?
3. Wie viele Sozialhilfeempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosenhilfeempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosengeldempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg?
4. Wie viele Sozialhilfeempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosenhilfeempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosengeldempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele sozialversicherungspflichtige

- Arbeitskräfte gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg?
5. Wie hat sich der Niedriglohnsektor im Land Brandenburg entwickelt?
 6. Hat sich aufgrund der Hartz-IV-Gesetze eine Dynamisierung der Wirtschaft gezeigt und wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen? Oder wurden Arbeitsplätze eingespart und abgebaut?
 7. Wie hat sich die Zahl der Vollzeitstellen im Land Brandenburg entwickelt?
 8. Wie hat sich die Zahl der Sanktionen im Zeitraum 2008 bis 2013 im Land Brandenburg gegen Hartz IV-Empfänger, die Auflagen nicht nachgekommen sind, entwickelt?
 9. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung im Hinblick auf die Auswirkung des Mindestlohns von 8,50 € auf Hartz-IV-Empfänger und weitere Entwicklung von Armut?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Sieht die Landesregierung Notwendigkeiten für einen Neustart in der Sozialpolitik, insbesondere bei einer grundlegenden Überarbeitung der Hartz-IV-Gesetze? Wenn ja, welche gesetzlichen Änderungen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig?

Frage 2: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Hartz-IV-Gesetze kein „Job-Motor“ sind, sondern ein Motor zur sozialen Spaltung der Gesellschaft?

zu Frage 1 und 2:

Die Fragen werden zusammen beantwortet.

Ziel des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt war es gemäß der Gesetzesbegründung, die bis dato für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen parallel bestehende Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem gemeinsamen Sozialleistungssystem, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, zusammen zu führen und eine intensivere Unterstützung der Berechtigten bei der Eingliederung in Arbeit zu ermöglichen. Auf diese Weise sollten Systemungerechtigkeiten, wie insbesondere ein ungleicher Zugang zum Arbeitsmarkt und zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, zu ungleicher sozialer Absicherung und zu unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten (Sozialgericht/ Verwaltungsgericht) beseitigt und eine Effizienz- und Transparenzsteigerung im Hinblick auf die Verwaltung erreicht werden.

Indem seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende allen erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen im Wesentlichen die Eingliederungsinstrumente des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zuzüglich spezieller Eingliederungsinstrumente des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch zur Verfügung stehen und für ihre Eingliederung in Arbeit genutzt werden können, sind Zugangschancen zu Beschäftigung teils erstmals geschaffen, teils erweitert worden.

Die Zahl der Personen, die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, ist seit 2005 signifikant gesunken. Dennoch ist weiterhin ein großer Personenkreis im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende über längere und lange Zeit auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Darüber hinaus findet sich insbesondere bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende ein hoher Anteil an Personen, der über längere Zeit ohne Beschäftigung ist.

Diese Menschen bedürfen einer intensiveren Unterstützung, insbesondere die auf Sozialleistungsbezug angewiesenen Kinder.

Hier anzusetzen ist aus Sicht der Landesregierung eine der Schwerpunktaufgaben für die neue Wahlperiode. Erste Umsetzungsschritte in diese Richtung sind bereits absolviert. So wird das Land Brandenburg beispielsweise entsprechend der Investitionsprioritäten des ESF-OP die Erwerbsintegration von Langzeitarbeitslosen sowie erwerbslosen Familien mittels des ESF-Förderprogramms „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften in Brandenburg“ unterstützen. Darüber hinaus werden weitere Möglichkeiten zur Förderung, beispielsweise von Sozialbetrieben, geprüft.

Die Landesregierung sieht in diesem Zusammenhang aber auch die Notwendigkeit zur Überarbeitung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende. Erste Ansätze finden sich in den Ergebnissen der Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Rechtsvereinfachung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und in Vorschlägen der Länder zur Überarbeitung wesentlicher Förderinstrumente. Um darüber hinaus eine adäquate Betreuung durch die Jobcenter sicherstellen und dem gesetzlich verankerten Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gerecht werden zu können, bedarf es einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung der Jobcenter. Da es sich bei dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende jedoch um ein Bundesgesetz handelt, liegt die Hauptverantwortung beim Bund. Ob und wann dieser einen Entwurf zur Überarbeitung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorlegen wird, bleibt zunächst abzuwarten. Sodann kann die Landesregierung weitere Schritte prüfen.

Frage 3: Wie viele Sozialhilfeempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosenhilfeempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosengeldempfänger gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg? Wie viele sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte gab es im Jahr 2000 im Land Brandenburg?

Frage 4: Wie viele Sozialhilfeempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosenhilfeempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele Arbeitslosengeldempfänger gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg? Wie viele sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte gab es im Jahr 2012 im Land Brandenburg?

zu Frage 3 und 4:

Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.

Vorbemerkung:

Die Anfrage bezieht sich auf die Zahl der Sozialleistungsempfänger und -empfängerinnen in unterschiedlichen sozialen Absicherungssystemen, die in dem vorliegend zu betrachtenden Zeitraum -gefragt ist nach Daten aus den Jahren 2000 und 2012- zum Teil erheblichen gesetzlichen Änderungen unterlagen. So wurden mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die zuvor für erwerbsfähige hilfebedürftige Personen bestehenden Hilfesysteme der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) zusammengelegt. Das Hilfesystem der Arbeitslosenhilfe entfiel dabei ersatzlos.

Angaben zur Anzahl der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen im Land Brandenburg im Jahr 2000 und im Jahr 2012 im Land Brandenburg können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 1: Sozialhilfeempfänger im Land Brandenburg

Sozialhilfeempfänger im Land Brandenburg	im Jahr 2000 (geltendes Recht: BSHG)	im Jahr 2012 (geltendes Recht: SGB XII)
Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)*	58.578	9.149
davon außerhalb von Einrichtungen in Einrichtungen	58.095 483	3.081 6.068
Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kapitel 4 SGB XII)	0	21.683
davon vollerwerbsgemindert 18 bis unter 65 Jahren 65 Jahre und älter	0 0 0	14.504 7.179
Empfänger von Hilfen nach Kapitel 5 bis 9 SGB XII bzw. Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Abschnitt 3 BSHG	25.318	33.210
darunter Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Hilfe zur Pflege	15.658 4.055	24.710 7.717

* Im Jahr 2000 gab es die Hilfeart Grundsicherung noch nicht. Die Zahl der Empfänger der HLU umfasst im Jahr 2000 auch diejenigen Personen, die im Jahr 2012 den Grundsicherungsempfänger nach Kapitel 4 SGB XII zuzuordnen sind.

Bezogen auf die Anzahl der Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger und -empfängerinnen muss vorab festgestellt werden, dass für das Jahr 2000 keine Daten zum Bestand der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe vorliegen. Es werden daher in der nachfolgenden Tabelle alternativ die Daten für das Jahr 2001 angegeben.

Tabelle 2: Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Land Brandenburg

Jahresdurchschnittswert	Bestand	
	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
2001	105.257	110.619
2012	37.127	-

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Erstellungsdatum: 19.01.2015, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 197879

Beim Vergleich der Zahlen der Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfänger ist zu beachten, dass sich auch bezüglich dieser Versicherungsleistung die rechtlichen Grundlagen stark verändert haben (insbesondere veränderte Anspruchsdauer). Daher sind diese Zahlen nur eingeschränkt miteinander vergleichbar.

Die Angaben zur Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeits- und Wohnort im Land Brandenburg

Stichtag 30. Juni	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bestand)	
	Arbeitsort ¹⁾	Wohnort ²⁾
2000	809.269	900.134
2012	783.785	920.828

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Erstellungsdatum: 19.01.2015, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 197879
1) Arbeitsort (AO): Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Region arbeiten, unabhängig vom Wohnort.
2) Wohnort (WO): Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Da Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfe wohnortbezogen geleistet und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gewöhnlich nach dem Arbeitsort ausgewertet werden, werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wohn- und Arbeitsort ausgewiesen.

Frage 5: Wie hat sich der Niedriglohnsektor im Land Brandenburg entwickelt?

zu Frage 5:

Vorbemerkung: Zur Darstellung der Entwicklung der Anzahl an Beschäftigten in Brandenburg mit einem Niedriglohn wird auf die Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Niedriglohnschwelle abgestellt. Hierzu liegen Daten bis zum Jahr 2013 vor. Als Niedriglohn wird gemäß der dafür verwendeten Definition der OECD ein Stundenentgelt bezeichnet, das geringer ist als zwei Drittel des mittleren Lohns aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

Seit 2004 ist der Anteil der Personen, die im Niedriglohnbereich oder, wie es in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit heißt, im unteren Entgeltbereich, beschäftigt sind, an allen sozialversicherungspflichtigen Personen relativ konstant.

Die Angaben zur Höhe der ostdeutschen Schwelle für den unteren Entgeltbereich (diese wird für das Land Brandenburg angewandt), zur Anzahl der betroffenen Beschäftigten im Land Brandenburg und ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Land Brandenburg sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 4: Anteil der Vollzeitbeschäftigten am Arbeitsort bezogen auf die ostdeutsche Schwelle des unteren Niedriglohnbereiches¹⁾ im Land Brandenburg

Stichtag 31.12.	ostdeutsche Schwelle des unteren Entgeltbe- reichs in € ²⁾	Personen im unteren Entgeltbereich (Ost) im Land Bran- denburg)	
		absolut	Anteil an allen sozialversicherungs- pflichtig Vollzeitbeschäftigten in Pro- zent
2000	1.235	113.437	18,7
2001	1.271	114.267	19,1
2002	1.303	112.781	19,7
2003	1.313	112.618	20,3
2004	1.326	112.124	21,0
2005	1.328	112.214	21,4
2006	1.316	112.987	21,0
2007	1.326	114.067	21,0
2008	1.352	117.212	21,5
2009	1.367	116.859	21,4
2010	1.379	118.025	21,2
Umstellung der Erhebungsinhalte ³⁾			
2012	1.499	104.917	19,9
2013	1.545	102.235	19,5

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Erstellungsdatum: 16.01.2015, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 197836
1) Nicht revidierte Daten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weicht von den aktuellen revidierten Daten ab (in Tabelle 2 und 4 werden die revidierten Daten verwendet). Hintergrund: Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat am 28. August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik durchgeführt. Von der Revision betroffen sind ausschließlich die Ergebnisse über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, einschließlich Auswertungen über Pendler, Entgelte, Altersteilzeit (nur was die Daten aus der Beschäftigungsstatistik betrifft) sowie Betriebe.
2) In Anlehnung an die Definition der OECD liegt die Schwelle des unteren Entgeltbereichs bei 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende).
3) Mit der Umstellung der Erhebungsinhalte 2011/2012 entstand ein „Bruch“ in der Zeitreihe d.h. mit der Umstellung hat sich das Verhältnis von Voll- und Teilzeitbeschäftigung verschoben. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung wurde deutlich höher.

Ergänzend kann hinzugefügt werden, dass ca. 355.000 Beschäftigte in Brandenburg vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns weniger als 8,50 € erhalten haben, also fast jeder Dritte (30,7 Prozent). Diese Zahlen beziehen sich auf alle abhängig Beschäftigten (d.h. auch Teilzeitbeschäftigte, einschl. Minijobs) und basieren auf einer Auswertung des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) vom März 2014 auf Basis des sozioökonomischen Panels (IAQ-report 02/2014).

Frage 6: Hat sich aufgrund der Hartz-IV-Gesetze eine Dynamisierung der Wirtschaft gezeigt und wurden mehr Arbeitsplätze geschaffen? Oder wurden Arbeitsplätze eingespart und abgebaut?

zu Frage 6:

Die Arbeitsmarktdaten belegen, dass seit 2005 sowohl die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt, als auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen hat. Während im Zeitraum von 2005 bis 2013 die Anzahl der Erwerbstätigen um 5,6 Prozent zunahm, erreichte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sogar ein Wachstum von 11,5 Prozent.

In diesem Zusammenhang muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass diese Zuwächse mit einem Anstieg sogenannter „atypischer“ Beschäftigungen einherging (gemeint sind klassische Teilzeit, Mini- und Midijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung). Machten diese Beschäftigungen in 2005 noch einen Anteil von 28 Prozent der Beschäftigungen aus, waren es 2013 bereits 38 Prozent. Einen besonderen Umfang nimmt dabei die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ein, die mit 15 Prozent nicht nur den größten Anteil an allen atypischen Beschäftigungsverhältnissen aufweist, sondern auch wesentlich zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen hat.

Der ursächliche Zusammenhang zwischen den Arbeitsmarktreformen der Jahre 2002 bis 2005, zu denen auch das als „Hartz IV“ bezeichnete Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt gehört, und der positiven Arbeitsmarktentwicklung, ist umstritten. So ist das Arbeitsvolumen von 2005 bis 2013 in Brandenburg lediglich um 1,4 Prozent gestiegen. In wissenschaftlichen Untersuchungen werden neben den Arbeitsmarktreformen deshalb auch die Reform des Altersübergangs und insbesondere der Rückgang der Tarifbindung sowie die wirtschaftliche Entwicklung als wichtige Ursachen für das Wachstum von Beschäftigung und den Rückgang der Arbeitslosigkeit identifiziert.

Frage 7: Wie hat sich die Zahl der Vollzeitstellen im Land Brandenburg entwickelt?

zu Frage 7:

Die Entwicklung der Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist folgender Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 5: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigten im Land Brandenburg

Stichtag 30.06.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	davon in Vollzeit	
		absolut	in Prozent
2001	779.312	658.315	84,5
2002	763.213	397.944	83,9
2003	735.443	611.564	83,2
2004	719.517	590.102	82,0
2005	703.981	571.435	81,2
2006	715.535	367.899	80,6
2007	735.363	381.715	80,3
2008	751.393	392.202	79,7
2009	739.356	380.763	78,7
2010	761.858	592.551	77,8
2011 ¹⁾	774.154	X	X
2012 ¹⁾	783.785	X	X
2013 ¹⁾	785.472	405.202	72,3
Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Zeitreihe über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Auszubildende sowie geringfügig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, Datenstand Dezember 2014, eigene Berechnungen			
¹⁾ Hinweis: Aufgrund der Umstellung der Erhebungsinhalte ist ein statistischer Nachweis der „Arbeitszeit“ für den 30.06.2011 und 30.06.2011 nicht möglich. Der Anteil der Teilzeitarbeit ist nach Einführung des neuen Tätigkeitsschlüssels deutlich höher. Die Daten des Jahres 2013 sind daher nur eingeschränkt mit Vorjahren vergleichbar. Siehe methodische Hinweise der Bundesagentur für Arbeit: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Methodeberichte-Beschaeftigungsstatistik-Nav.html			

Frage 8: Wie hat sich die Zahl der Sanktionen im Zeitraum 2008 bis 2013 im Land Brandenburg gegen Hartz IV-Empfänger, die Auflagen nicht nachgekommen sind, entwickelt?

zu Frage 8:

Vorbemerkung: Die zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende erheben laufend die für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende erforderlichen Daten und übermitteln diese an die Bundesagentur für Arbeit (siehe § 51b Zweites Buch Sozialgesetzbuch). Dies umfasst auch Angaben zu Grund, Art und Umfang von Sanktionen nach den §§ 31 bis 32 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (siehe

§ 1 der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch). Zur Beantwortung der Frage 8 wurde daher auf die aktuellste verfügbare Statistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen, die nachfolgend abgebildet ist.

Tabelle 6: Leistungskürzung durch Sanktion (Zeitreihe Brandenburg)

Berichtszeitraum		Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insgesamt					eLb unter 25 Jahre				
		Bestand eLb mit mindestens einer Sanktion	Leistungs-kürzung durch Sanktion in % ¹⁾	Durchschnittliche Höhe der Kürzungen durch Sanktion in Euro (bezogen auf alle eLb mit mindestens einer Sanktion)			Bestand eLb mit mindestens einer Sanktion	Leistungs-kürzung durch Sanktion in % ¹⁾	Durchschnittliche Höhe der Kürzungen durch Sanktion in Euro (bezogen auf alle eLb mit mindestens einer Sanktion)		
				Gesamt-leistung	darunter				Gesamt-leistung	darunter	
					Kürzung Regelleistung (inkl. Mehrbedarf)	Kürzung Leistungen für Unterkunft und Heizung				Kürzung Regelleistung (inkl. Mehrbedarf)	Kürzung Leistungen für Unterkunft und Heizung
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Jahresdurchschnitt 2013		5.650	21,8	110	97	12	1.480	32,0	139	112	27
Jahresdurchschnitt 2012		5.414	21,6	110	97	13	1.486	33,2	147	117	30
Jahresdurchschnitt 2011		5.352	24,7	123	107	16	1.629	38,5	166	131	35
Jahresdurchschnitt 2010		5.072	27,5	133	114	17	1.602	42,7	177	139	38
Jahresdurchschnitt 2009		4.756	28,8	136	116	19	1.611	44,9	184	145	39
Jahresdurchschnitt 2008		4.945	30,6	141	120	19	1.856	46,9	190	150	39
Jahresdurchschnitt 2007		4.893	31,1	142	124	15	2.164	44,6	184	156	27
2014	September	5.263	20,3	110	99	11	1.235	31,2	145	120	25
	August	5.371	20,7	111	98	13	1.316	33,0	152	122	30
	Juli	5.231	20,3	109	97	12	1.259	31,2	145	118	27
	Juni	5.243	20,1	108	96	12	1.314	31,0	143	116	27
	Mai	5.313	19,8	107	96	11	1.349	29,6	138	113	25
	April	5.484	20,4	110	99	11	1.476	30,9	145	121	24
	März	5.233	20,2	110	98	11	1.398	30,5	144	119	25
	Februar	5.309	20,2	109	98	11	1.402	30,3	141	115	26
	Januar	5.510	19,8	106	95	11	1.393	29,2	134	109	25
2013	Dezember	5.600	20,2	107	95	12	1.438	28,6	130	104	26
	November	5.676	21,2	108	96	12	1.393	30,7	133	107	26
	Oktober	5.836	21,5	108	96	12	1.415	31,5	135	110	26
	September	5.896	22,0	108	96	12	1.447	32,3	137	112	25
	August	5.849	22,2	108	96	12	1.543	32,7	138	113	25
	Juli	5.971	24,3	110	98	12	1.678	34,7	137	113	24
	Juni	5.607	22,6	110	97	13	1.530	32,8	139	111	28
	Mai	5.595	22,2	109	97	12	1.457	32,7	139	112	27
	April	5.468	21,0	110	97	13	1.439	31,6	144	115	30
	März	5.406	21,3	112	99	13	1.440	31,4	143	116	27
	Februar	5.550	22,0	115	101	14	1.521	32,9	152	120	31
	Januar	5.347	21,5	112	98	14	1.461	32,0	145	115	30
2012	Dezember	5.452	21,9	112	98	14	1.483	34,1	150	119	31
	November	5.528	21,6	109	94	15	1.466	32,6	139	107	32
	Oktober	5.449	21,0	107	93	14	1.385	31,5	136	106	30
	September	5.489	21,2	107	94	13	1.465	31,4	137	106	31

	August	5.382	21,6	109	96	14	1.501	32,5	141	110	31
	Juli	5.363	21,4	108	95	13	1.538	32,9	145	116	29
	Juni	5.347	21,5	112	98	14	1.461	32,0	145	115	30
	Mai	5.212	21,3	109	97	13	1.473	32,7	145	117	28
	April	5.482	21,4	111	98	12	1.564	32,8	149	122	27
	März	5.328	21,6	112	99	13	1.459	34,4	155	126	29
	Februar	5.573	22,0	114	102	13	1.496	35,2	162	132	30
	Januar	5.353	22,4	116	101	14	1.454	36,2	164	130	33
2011	Dezember	5.565	23,2	116	102	14	1.526	36,6	162	130	32
	November	5.332	22,7	114	100	14	1.439	35,3	154	123	30
	Oktober	5.360	22,8	115	101	14	1.485	35,8	157	125	32
	September	5.152	22,3	111	97	15	1.503	35,1	150	118	32
	August	5.550	22,8	113	98	16	1.781	34,5	149	118	31
	Juli	5.094	24,1	119	102	17	1.643	36,8	157	121	36
	Juni	5.311	25,7	126	108	18	1.735	39,3	168	130	39
	Mai	5.175	26,2	128	111	18	1.778	40,1	173	136	37
	April	5.385	26,9	133	115	18	1.775	41,3	178	142	36
	März	5.220	26,4	132	115	16	1.626	40,5	177	143	34
	Februar	5.418	26,9	134	117	16	1.636	43,0	183	148	35
	Januar	5.666	26,5	131	114	17	1.620	42,9	180	141	40
2010	Dezember	5.285	27,6	134	114	18	1.525	43,1	179	138	40
	November	5.125	27,4	132	114	17	1.496	43,1	177	136	40
	Oktober	5.083	27,5	132	112	18	1.513	43,0	174	135	39
	September	5.274	27,2	131	112	17	1.589	42,8	175	137	38
	August	5.256	27,2	131	112	18	1.634	42,1	176	135	39
	Juli	5.040	27,5	133	113	18	1.593	41,5	173	134	38
	Juni	4.971	27,2	131	112	17	1.575	42,1	173	135	37
	Mai	5.035	27,2	132	114	17	1.620	42,2	175	139	36
	April	4.913	26,8	132	113	17	1.588	41,8	178	142	36
	März	4.913	27,7	135	116	17	1.695	42,8	180	144	35
	Februar	4.948	28,2	137	118	18	1.685	43,6	183	145	37
	Januar	5.025	28,1	136	117	17	1.709	43,8	178	141	37
2009	Dezember	5.025	27,9	134	116	17	1.698	42,7	175	141	34
	November	4.789	28,3	135	116	17	1.581	42,6	173	138	35
	Oktober	4.757	27,6	132	114	17	1.464	42,1	171	135	35
	September	4.879	28,5	136	116	18	1.573	44,0	180	142	38
	August	5.073	28,0	133	114	17	1.689	43,2	177	139	37
	Juli	4.674	29,0	138	117	19	1.586	44,9	189	147	41
	Juni	4.642	29,1	136	114	20	1.645	45,8	188	146	42
	Mai	4.440	29,5	138	117	20	1.577	46,0	189	147	42
	April	4.582	29,4	138	117	20	1.620	46,1	188	148	40
	März	4.612	29,4	139	118	20	1.617	47,1	194	151	43
	Februar	4.777	29,4	138	117	19	1.628	47,1	191	150	40
	Januar	4.819	29,9	139	118	19	1.656	47,3	192	152	40
2008	Dezember	4.992	29,7	138	117	20	1.713	46,9	189	150	39

November	5.113	29,6	137	118	18	1.758	45,9	187	149	38
Oktober	5.169	29,1	136	117	18	1.772	44,8	185	147	38
September	5.431	29,0	135	115	18	2.006	44,5	182	144	38
August	5.146	29,3	135	115	18	1.960	44,8	180	142	38
Juli	4.799	29,6	136	115	19	1.821	46,3	185	144	41
Juni	4.542	30,7	139	118	20	1.787	47,0	187	147	40
Mai	4.677	30,9	141	121	19	1.863	46,6	187	149	38
April	4.749	31,7	145	123	20	1.876	47,5	191	152	39
März	5.010	32,9	151	129	21	1.982	49,0	198	158	39
Februar	4.876	32,9	152	129	20	1.863	49,8	201	160	40
Januar	4.837	32,7	150	127	20	1.871	49,2	200	159	40

1) Anteil der Kürzung durch die aktuell wirksamen Sanktionen einer Person an dem laufenden Leistungsanspruch, den die Person ohne Sanktionierung gehabt hätte
© Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Zeitreihe zu Sanktionen nach Ländern Januar 2007 bis September 2014

Frage 9: Welche Auffassung vertritt die Landesregierung im Hinblick auf die Auswirkung des Mindestlohns von 8,50 € auf Hartz-IV-Empfänger und weitere Entwicklung von Armut?

zu Frage 9:

Die Landesregierung begrüßt die mit dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns vorgenommene Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € je Zeitstunde zum 01.01.2015 ausdrücklich.

Wie in der Antwort zu Frage 5 dargestellt, haben ca. 355.000 Beschäftigte in Brandenburg vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns weniger als 8,50 € erhalten. Dies betrifft unter Umständen auch die im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende in abhängiger Beschäftigung erwerbstätigen leistungsberechtigten Personen. Nach der aktuellsten Statistik der Bundesagentur für Arbeit (erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, August 2014) waren im Mai 2014 von den 185.895 erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen in Brandenburg 61.753 erwerbstätig, davon 56.420 in abhängiger Beschäftigung.

Mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wird für einen nicht unerheblichen Teil der Beschäftigten in Brandenburg, auch derer, die auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind, die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Einkommenssituation eröffnet. Wie konkret sich die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns auf die Einkommenssituation der Beschäftigten und ihrer Familien in Brandenburg, auch derer, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, gestalten werden, kann allerdings mit Verweis auf die noch kurze Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns noch nicht abschließend eingeschätzt werden.